

Der Große Lauschangriff

Eine empirische Untersuchung
zu Anwendung und Folgen
des § 100c Abs. 1 Nr. 3 StPO

Hannes Meyer-Wieck



Duncker & Humblot • Berlin

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Erster Teil – Grundlagen, allgemeine Datenlage und Methodik	5
A. Rechtsgrundlage und Begrifflichkeit	5
B. Geschichtlicher und kriminalpolitischer Hintergrund des § 100c Abs. 1 Nr. 3 StPO	7
C. Diskussion um die bestehende Regelung	10
I. Das Verhältnis zu den präventiven Maßnahmen	11
II. Straftatenkatalog	11
III. Verdachtsgrad	11
IV. Subsidiarität	12
V. Wohnung.....	13
VI. Begleitmaßnahmen	13
VII. Zeugnisverweigerungsrechte	14
VIII. Anordnungsdauer und -inhalt, Richtervorbehalt	15
IX. Benachrichtigung, Rechtsschutzmöglichkeit.....	15
X. Verwertungs- und Vernichtungsfragen.....	16
D. Allgemeine Datenlage	17
I. Die Berichtspflicht nach Art. 13 Abs. 6 GG.....	17
II. Die aufgrund der Berichtspflicht vorliegenden Zahlen	20
1. Anzahl der Verfahren mit Wohnraumüberwachungsmaßnahmen.....	20
2. Katalogtatverteilung und OK-Bezug	23
3. Anzahl der Wohnungen und Betroffenen	28
4. Dauer der Maßnahmen	29
5. Kosten	32
6. Benachrichtigung und Gründe der Nichtbenachrichtigung.....	32
7. Verfahrensrelevanz	33
III. Daten zu Maßnahmen auf präventivpolizeilicher Grundlage.....	35
E. Methode und Durchführung der Untersuchung	38

I.	Methodische Hinführung	38
II.	Aktenanalyse.....	40
	1. Konzeption.....	40
	2. Erhebungsinstrument	42
	3. Durchführung.....	43
	4. Inhalt der Akteneinsicht.....	44
III.	Expertengespräche	45
	1. Konzeption.....	45
	2. Auswahl der Gesprächspartner	46
	3. Durchführung.....	47
Zweiter Teil – Die Ergebnisse der rechtstatsächlichen Untersuchung		49
A.	Grundgesamtheiten und Definitionskriterien aus der Aktenvollerhebung.....	49
I.	Verfahren	49
	1. Die nach § 100e StPO bekannten Verfahren	49
	2. Zusätzlich zu § 100e StPO bekanntgewordene Verfahren	50
	3. Verfahren aus dem Erhebungszeitraum 2002.....	51
	4. Umfang der Akteneinsicht	52
	5. Verfahren ohne Wohnraumüberwachungsmaßnahmen.....	53
	6. Verteilung der Katalogtaten über die Verfahren.....	54
	7. Strukturermittlungs- und Sammelverfahren	56
	8. Verfahren gegen die gleichen Beschuldigten	57
	9. Verfahren gegen Unbekannt	57
II.	Maßnahmen	58
	1. Maßnahmen insgesamt	58
	2. Maßnahmen und Beschlüsse pro Verfahren	59
	3. Verteilung der Maßnahmen auf die Katalogtaten.....	60
	4. Maßnahmen zu Fahndungszwecken	62
	5. Angeordnete und nicht angeordnete Maßnahmen (Ablehnungen)	63
	6. Durchgeführte und nicht durchgeführte Maßnahmen.....	65
	7. Maßnahmen auf präventivpolizeilicher Grundlage	67
III.	Beschuldigte.....	68
	1. Beschuldigte insgesamt	68
	2. Beschuldigte pro Verfahren.....	70
	3. Verteilung der Beschuldigten auf die Katalogtaten.....	70
IV.	Betroffene und Drittbetroffene	72
	1. Betroffene – Definitorisches und Unsicherheiten in der Erhebung.....	72
	2. Anzahl der Betroffenen.....	74
	3. Drittbetroffene	75
B.	Die Durchführung der akustischen Wohnraumüberwachung	76

I.	Aktenanalyse.....	76
1.	Anordnungs- und Durchführungsfragen.....	76
1.1	Anordnung und Antrag.....	76
1.2	Eilmaßnahmen.....	78
1.3	Maßnahmen während des Hauptverfahrens.....	78
1.4	Maßnahmen in der Wohnung Anderer (§ 100c Abs. 2 Satz 5 StPO).....	79
1.5	Abgrenzungspoleme zur Anordnungsgrundlage § 100c Abs. 1 Nr. 2 StPO.....	80
	a. Zweifel über den Wohnungsbegriff.....	81
	b. Maßnahmen mit Einverständnis.....	82
1.6	Die Nicht-Anordnung von Maßnahmen.....	84
	a. Ablehnungen.....	85
	b. Antragsrücknahmen.....	86
	c. Nichtbeantragung.....	87
1.7	Anordnungen im Beschwerdewege.....	87
1.8	Die Nichtdurchführung von Maßnahmen trotz Anordnung.....	88
2.	Art der überwachten Räumlichkeiten und Lebensbereiche.....	91
2.1	Überwachte Räumlichkeiten.....	91
2.2	Eingriff in die Privatsphäre.....	93
2.3	In der Wohnung potentiell mitbetroffene Personen.....	95
2.4	Ortsbedingtes Beweiserhebungsverbot.....	96
3.	Dauer der Maßnahmen.....	97
3.1	Befristung in der Erstanordnung.....	98
	a. Anordnungsdauer nach polizeilicher Anregung.....	98
	b. Anordnungsdauer nach staatsanwaltlichem Antrag.....	99
	c. Anordnungsdauer nach Beschluss.....	99
3.2	Verlängerungsanordnungen.....	101
	a. Art der Verlängerungen.....	101
	b. Anzahl der Verlängerungen.....	102
	c. Befristung der Verlängerungen.....	104
	d. Gründe für die Verlängerungen.....	106
3.3	Die tatsächliche Abhördauer.....	107
3.4	Vergleich der tatsächlichen Abhördauer mit der Anordnungsdauer nach Beschluss.....	109
3.5	Schwierigkeiten mit der Vierwochenfrist.....	110
3.6	Die Beendigung der Maßnahmen.....	112
4.	Der Abhörvorgang.....	114
4.1	Installation und Entfernung der Abhöreinrichtungen.....	114
	a. Tatsächliche Ebene.....	114
	b. Rechtliche Ebene.....	116
	c. Ausbau der technischen Mittel.....	117

	d. Hinzuziehung Dritter	118
	4.2 Anpassungstendenzen bei den Beschuldigten.....	119
	4.3 Schwierigkeiten beim Abhörvorgang.....	120
	a. Sprach- und Aufzeichnungsqualität.....	121
	b. Technische Sprachverbesserung.....	121
	c. Zuordnungsprobleme des gesprochenen Wortes.....	122
	5. Umfang der Protokolle, erfasste Gespräche und Kommunikationsvorgänge.....	123
	6. Fremdsprachen und Dolmetscher	125
	7. Anzahl der Bänder/Aufzeichnungsmedien	126
	8. Vernichtung	126
	9. Kosten	127
II.	Expertengespräche	127
	1. Anordnungsfragen	128
	1.1 Umfang informeller Erledigungsstrukturen	128
	1.2 Abgrenzung zu § 100c Abs.1 Nr. 2 StPO bei Einverständnis des Wohnungsinhabers.....	129
	1.3 Verhältnis zu präventiven Maßnahmen.....	130
	2. Art der überwachten Lebensbereiche und tatsächliche Überwachungsintensität.....	131
	2.1 Räumlichkeiten.....	131
	2.2 Personen	132
	2.3 Überwachungsintensität	133
	3. Anordnungsdauer.....	133
	3.1 Schwierigkeiten mit der Vierwochenfrist.....	133
	3.2 Beurteilung der Vierwochenfrist	134
	3.3 Anforderung an die Verlängerung einer Maßnahme bei Installationsproblemen	135
	4. Durchführungsfragen.....	136
	4.1 Faktische Umsetzungsschwierigkeiten	136
	4.2 Insbesondere Hinzuziehung Dritter.....	138
	4.3 Auswertungsaufwand	138
	4.4 Möglichkeit der optischen Überwachung	139
	4.5 Der Umgang mit den Aufzeichnungsmedien	140
	5. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes	140
III.	Zusammenfassung	141
C.	Subsidiarität und der Einsatz der akustischen Wohnraumüberwachung im Ablauf des Verfahrens.....	144
	I. Aktenanalyse.....	144
	1. Tatverdacht und Anlasstat	144
	1.1 Verfahrensauslösung	145
	a. Mord-/Totschlagsverfahren	146
	b. BtM-Verfahren	146
	c. Sonstige Katalogtaten	146
	d. „Proaktive“ Kenntniserlangung.....	147

1.2	Erste Einschaltung der Staatsanwaltschaft	147
2.	Das Verhältnis zu anderen Ermittlungsinstrumenten	148
2.1	Das Vorliegen anderer Ermittlungsinstrumente in den Verfahren	148
2.2	Kombinationen der Ermittlungsinstrumente	152
2.3	Intensität und Häufigkeit anderer Ermittlungsinstrumente	152
	a. Vernehmungen	153
	b. Durchsuchungsmaßnahmen	154
	c. Telefonüberwachung	154
	d. Observation	155
	e. VE und VP	156
	f. Maßnahmen nach 100c Abs. 1 Nrn. 1 u. 2 StPO	157
3.	Die Wohnraumüberwachung im zeitlichen Ablauf des Verfahrens	158
3.1	Verfahrensdauer (Ermittlungsverfahren)	158
3.2	Zeitlicher Einsatz der Wohnraumüberwachung und anderen Ermittlungsinstrumente	161
3.3	Zeitpunkt des Wohnraumüberwachungsbeschlusses	165
	a. Mord-/Totschlagsverfahren	167
	b. BtM-Verfahren	168
	c. Sonstige Katalogtaten	169
3.4	Ermittlungsstand vor der Beantragung	169
	a. Mord-/Totschlagsverfahren	170
	b. BtM-Verfahren	171
	c. Sonstige Katalogtaten	172
4.	Verdachtsgrad	173
5.	Parallel zur Wohnraumüberwachung eingesetzte Ermittlungsinstrumente	175
6.	Ziele und Erwartungen an die Wohnraumüberwachung	175
II.	Expertengespräche	176
III.	Zusammenfassung	176
D.	Verfahrensphänomenologie und Einsatzbereiche	178
I.	Aktenanalyse	178
1.	OK-Bezug	178
1.1	Aus der Akte entnommene OK-Relevanz	179
1.2	Berücksichtigung für das OK-Lagebild	180
2.	Mord-/Totschlagsverfahren	181
3.	BtM-Verfahren	182
1.1	Heterogenität	183
1.2	BtM-Mengen	184
4.	Sonstige Verfahren	185

II.	Expertengespräche	186
1.	Verfahrenstypizitäten.....	187
1.1	Mord-/Totschlagsverfahren.....	189
1.2	BtM-Verfahren	189
1.3	Sonstige Katalogtaten.....	190
2.	Einschätzung der Eignung zur OK-Bekämpfung	191
3.	Vorzüge und Nachteile der Wohnraumüberwachung und das Verhältnis zu anderen Ermittlungsmaßnahmen	192
4.	Gründe des seltenen Einsatzes	193
5.	Erklärung der Katalogtatverteilung	195
6.	Beurteilung des Delikt-katalogs.....	195
7.	Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes	196
III.	Zusammenfassung	196
E.	Anordnungsvorgang, Begründungsaufwand und richterliche Kontrolle	198
I.	Aktenanalyse.....	198
1.	Anordnungsinitiative	198
2.	Nennung und Subsumtion der Katalogtatbestände.....	199
2.1	Mord-/Totschlagsverfahren.....	200
2.2	BtM-Verfahren	200
2.3	Sonstige Katalogtaten.....	200
2.4	Umgehungstendenzen	201
3.	Zeitraumen der Entscheidung	202
3.1	Erstanordnungen.....	202
a.	Zeitraum zwischen Anregung und Antrag.....	202
b.	Zeitraum zwischen Antrag und Beschluss.....	204
c.	Gesamtzeitraum zwischen Anregung und Beschluss	205
3.2	Verlängerungen	206
4.	Begründungsinhalt und Begründungsumfang	207
4.1	Bewertungskriterien	208
4.2	Gesamtübersicht	211
4.3	Beispiele für Beschlussbegründungen	213
4.4	Spezifika (regionaler Usus).....	215
4.5	Begründungen in den Verlängerungsvorgängen	219
II.	Expertengespräche	220
1.	Anordnungsinitiative	220
2.	Antragsbearbeitung der Staatsschutzkammer.....	222
2.2	Stellenwert der Wohnraumüberwachung in der Tätigkeit	222
2.3	Die zur Beschlussfassung vorgelegten Unterlagen	222
2.4	Für die Beschlussfassung in Anspruch genommene Zeit.....	223
2.5	Die für die Beschlussfassung maßgeblichen Erwägungen.....	223

2.6	Zur Beschlussbegründung	224
3.	Fragen richterlicher Kontrolle	225
3.1	Ergebnisunterrichtung	225
3.2	Möglichkeiten stärkerer Einbindung	225
3.3	Beurteilung der Staatsschutzkammerzuständigkeit.....	226
IV.	Zusammenfassung	227
F.	Betroffene der Maßnahme.....	229
I.	Aktenanalyse.....	230
1.	Erhebungsunsicherheiten	230
2.	Festgestellte Daten zu Art und Anzahl der Betroffenen	231
2.1	Betroffene pro Maßnahme.....	231
2.2	Beschuldigte des Verfahrens (beschuldigte Betroffene)	237
2.3	Nicht beschuldigte Betroffene	237
2.4	Das Verhältnis nichtbeschuldigter Betroffener zu den beschuldigten Betroffenen	238
2.5	Betroffene nicht angeordneter Maßnahmen	238
2.6	Betroffene durchgeführter und nicht durchgeführter Maßnahmen	239
2.7	Betroffene bei Maßnahmen in Wohnungen Anderer (§ 100c Abs. 2 Satz 5 StPO).....	240
2.8	Betroffene bei Maßnahmen zu Fahndungszwecken.....	240
2.9	Betroffene bei Maßnahmen mit Einverständnis des Wohnungsinhabers	241
3.	Mögliches Tatwissen der Betroffenen	241
4.	Zeugnisverweigerungsrechte	242
4.1	Das Vorliegen von Zeugungsverweigerungsrechten bei Betroffenen.....	242
4.2	Die Verwertbarkeitsentscheidung nach § 100d Abs. 3 Satz 5 StPO	243
5.	Benachrichtigung	244
5.1	Positiv dokumentierte Benachrichtigung	244
5.2	Zurückstellung der Benachrichtigung	245
5.3	Zeitpunkt der Benachrichtigung.....	246
5.4	Benachrichtigungsquote	248
6.	Inanspruchnahme von Rechtsschutz.....	248
7.	Drittbetroffene	249
II.	Expertengespräche.....	250
1.	Betroffendefinition	250
2.	Weitere Benachrichtigungsfragen	251
2.1	Art der der Vornahme der Benachrichtigung.....	251
2.2	Gerichtliche Zurückstellung der Benachrichtigung	251
3.	Zeugnisverweigerungsrechte	252

III. Zusammenfassung	252
G. Verfahrensausgang	254
I. Ergebnisse der Aktenanalyse	254
1. Verfahrensausgang bezogen auf Beschuldigte	255
1.1 Untergliederung und Gruppierung der Beschuldigten	255
1.2. Ausgang des Ermittlungsverfahrens	257
a. Verteilung der vollumfänglichen Einstellungen über die Katalogtaten	261
b. Einstellungsgrundlagen und -gründe	264
1.3 Ausgang des Hauptverfahrens	265
a. Verteilung der Verurteilungen über die Katalogtaten	267
b. Dauer der Freiheitsstrafen	268
1.4 Rechtsmittelverfahren	270
2. Verfahrensausgang bezogen auf Verfahren	270
2.1 Ausgang nicht feststellbar	270
2.2 Einstellungen gegen alle Beschuldigte des Verfahrens	270
2.3 Kombinationen zwischen Einstellungen und Anklagen	271
2.4 Anklagen gegen alle Beschuldigten des Verfahrens	271
2.5 Einstellungs- und Anklagequote	272
3. Verfahrensausgang bezogen auf Katalogtaten	273
3.1 Mord und Totschlag	273
3.2 Bandendiebstahl, schwerer Bandendiebstahl	274
3.3 Schwerer Raub/räuberische Erpressung	274
3.4 Erpressung im besonders schweren Fall	275
3.5 Geldwäsche und Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte	275
3.6 Bestechung/Bestechlichkeit	275
3.7 Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	276
3.8 §§ 129/129a StGB	276
3.9 Ausländergesetz/Asylverfahrensgesetz	277
3.10 Kombination: Raub/räuberische Erpressung und WaffG	277
3.11 Kombination: Geld- u. Wertpapierfälschung, Hehlerei und BtMG	277
II. Zusammenfassung	277
H. Ergebnis und Effizienz der akustischen Wohnraum- überwachung	279
I. Aktenanalyse	280
1. Erfolg und Ergebnis der Maßnahmen	280

1.1	Operationalisierung	280
1.2	Erfolgsqualifizierung.....	281
1.3	Ergebniskategorisierung.....	284
	a. Durchgeführte und nicht durchgeführte Maßnahmen	286
	b. Ergebnis der mit Einverständnis des Wohnungsinhabers durchgeführten Maßnahmen	291
	c. Maßnahmen zu Fahndungszwecken	292
1.4	Einzelерfolge	292
2.	Effizienzbetrachtungen	294
2.1	Weitere Rolle im Verfahren	294
	a. Vorhalt in der Beschuldigtenvernehmung	295
	b. Beweismittel in der Anklage	295
	c. Erörterung in der Hauptverhandlung	296
	d. Beweismittel in der Urteilsbegründung	298
2.2	Verfahrensausgang	299
2.3	Weitere Ermittlungsansätze.....	300
	a. Hinweise auf weitere Straftaten (§ 100d Abs. 5 Satz 1 StPO).....	300
	b. Verwertung in anderen Verfahren (§ 100d Abs. 5 Satz 2 StPO).....	301
2.4	Effizienzkriterien.....	301
3.	Verfahren außerhalb des Erhebungszeitraumes.....	302
II.	Expertengespräche	303
1.	Frage nach der Erfolgsdefinition	303
2.	Fernwirkungen.....	304
3.	Weitere Ermittlungsansätze (§ 100d Abs. 5 Satz 2 StPO).....	304
4.	Das Fehlschlagen von Maßnahmen	305
III.	Zusammenfassung	305
J.	Abgleich mit den nach Art. 13 Abs. 6 GG vorliegenden Berichten	307
I.	In den Berichten nicht enthaltene Verfahren	307
II.	Nicht durchgeführte Maßnahmen	308
III.	Katalogtaten	308
IV.	OK-Bezug	309
V.	Anzahl der betroffenen Wohnungen.....	309
VI.	Anzahl der Beschuldigten und Betroffenen.....	309
VII.	Dauer.....	310
VIII.	Kosten	311
IX.	Benachrichtigung	311
X.	Verfahrensrelevanz	311

Dritter Teil – Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	313
A. Zusammenfassung.....	313
I. Ausgangspunkt und Fragestellungen.....	313
1. Forschungsstand und Datenlage.....	313
2. Anlage und Durchführung der Untersuchung.....	315
II. Implementationsfragestellungen.....	318
1. Allgemeine Verteilungen.....	318
2. Phänomenologische Typizitäten.....	319
3. Gründe des seltenen Einsatzes.....	322
4. Betroffene Personen.....	323
5. Art der überwachten Räumlichkeiten und Lebensbereiche.....	325
III. Evaluationsfragestellungen.....	326
1. Rechtliche Kontrolle.....	326
2. Ergebnis und Effizienz der Maßnahmen.....	328
3. Intensität des Grundrechtseingriffes.....	330
4. Relevanz für die OK-Bekämpfung.....	331
IV. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.....	331
B. Schlussfolgerungen.....	333
Literaturverzeichnis.....	335